

Institut Solidarische Moderne

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

DIE LOBBY-REPUBLIK

Marco Bülow

27. Mai 2010

4

ZUSAMMENFASSUNG

In seinem Beitrag gibt Marco Bülow zunächst einen sehr persönlichen Einblick in den parlamentarischen Alltag des Deutschen Bundestages. Am Beispiel des CCS-Gesetzgebungsverfahrens beschreibt er, wie finanzkräftige und gut organisierte Interessengruppen aus der Wirtschaft die Gesetzgebung zu ihren Gunsten beeinflussen. Er zeigt auf, wie sich angesichts einer Vielzahl mächtiger Einzelinteressen das Parlament in Gesetzgebungsprozessen zunehmend selbst entmachtet. Darauf aufbauend werden sieben Forderungen entwickelt, die den Lobbyismus neu regeln und den Parlamentarismus wieder demokratischer machen sollen.

Der Text ist ein gekürztes und leicht verändertes Kapitel aus dem neu erschienenen Buch von Marco Bülow: "Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter", Econ 2010.

Marco Bülow, geboren 1971 in Dortmund, ist Journalist. Er ist Mitglied der SPD und seit 2002 Abgeordneter des Bundestags. Zudem ist er stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Atompolitik und Mitglied im Untersuchungsausschusses Gorleben.

Kontakt: marco.buelow@bundestag.de

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne ist die 2010 mit Sitz in Berlin gegründete Denkfabrik der ProtagonistInnen der politischen Linken. Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft entwerfen die über 1.300 Mitglieder Lösungen für die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen eines demokratischen Reformprojektes.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

DIE LOBBY-REPUBLIK¹

1. Das Lobbytheater (Ein reales Trauerspiel in 7 Akten)

Prolog: Profitlobbyismus

Eine funktionierende Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Parlamentarier die Meinung von Verbänden und Unternehmen einholen. Abgeordnete haben meist zu wenig Fachwissen und sie brauchen den Rat und die Zuarbeit von wirklichen Fachleuten. Lobbyismus ist also alles andere schäbig, er ist nützlich und notwendig. Dies sind zusammengefasst die Rechtfertigungen, die von den Befürwortern des Lobbyismus immer wieder ins Feld geführt werden. Argumente, die zunächst plausibel klingen, doch wie sieht die Realität hinter der Fassade der gläsernen Kuppel des Bundestages aus?

In Berlin finden täglich Kongresse, Diskussionsrunden, Parlamentarische Abende und Gesprächskreise zu allen erdenklichen Fragestellungen statt. So diskutiert die Republik auf Graffiti-Kongressen, debattiert über die richtige Jagdtradition und macht sich Gedanken, ob gepiercte Frauen verantwortungsvolle Mütter sein können. Kongresse und Diskussionsrunden zum Lobbyismus sucht man dagegen vergeblich. Selbst die "Mövenpick-Klientelpolitik" der neuen Bundesregierung und Sponsoringskandale wie "Rent-a-Rüttgers" haben die Lobbyismus-Debatte nur sehr kurz aus seiner Nebenrolle befreit. Dabei ist der Lobbyismus eine der wichtigsten Symptome der Ökonomisierung der Politik und er verdient es, direkt ins Rampenlicht gestellt zu werden.

2010 besitzt der Lobbyismus viele Gesichter. Er hat sich ausdifferenziert, geht viel subtiler vor und er versteckt sich hinter vorgetäuschten neutralen Fassaden. Lobbying wird heute von den unterschiedlichsten Akteuren betrieben. Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Initiativen gehören ebenso zu diesem Kreis, wie PR-Agenturen, Kommunikati-

¹ Der vorliegende Text ist ein gekürztes und leicht verändertes Kapitel aus dem neu erschienen Buch von Marco Bülow: "Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter", Econ 2010.

onsberater oder Anwaltskanzleien. Hinter einem scheinbar wissenschaftlichen Gutachten stecken nicht selten finanzkräftige Unternehmen, die von den Gutachtern natürlich bestimmte Ergebnisse erwarten.

Lobbyisten lassen sich grob in zwei Hauptgruppen unterteilen: Da sind zunächst die privaten Interessenvertreter (private interest groups). Zu ihnen zählen die großen Wirtschaftsverbände und Unternehmen, für die Gewinnmaximierung und Profit an erster Stelle stehen - man kann sie deshalb als „Profitlobbyisten“ bezeichnen. Ihnen gegenüber stehen die Vertreter der NGOs oder der politischen und sozialen Verbände (public interest groups), die sich z.B. für die Umwelt, den Verbraucherschutz oder die Rechte von Kindern, Arbeitslosen oder Rentnern einsetzen. Diesen Organisationen geht es vorwiegend um das öffentliche Interesse und das Allgemeinwohl.

Es ist legitim, wenn Unternehmen ihre profitorientierten Interessen gegenüber der Politik vertreten und sich die Abgeordnete auch mit diesen Anliegen auseinandersetzen. Doch den Stellenwert, den der Profitlobbyismus in der Berliner Republik mittlerweile angenommen hat, ist kaum zu unterschätzen. Finanzstarke und mächtige Lobbyisten beeinflussen die Politik nicht mehr nur, sondern bestimmen sie maßgeblich mit. Insgesamt nähern wir uns mit riesigen Schritten der vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch prognostizierten Postdemokratie, bei der die Demokratie formal zwar bestehen bleibt, aber der Einfluss der legitimierten Volksvertreter immer mehr auf die wirtschaftlichen Machteliten übertragen wird. Der Verbindungsarm dieser Eliten zur Politik wird dabei von den Lobbyisten gebildet. Ich bin davon überzeugt, dass der Profitlobbyismus mitverantwortlich dafür ist, dass unser demokratisches System ausgehöhlt wird.

Die meisten Parlamentarier ignorieren insgesamt eine Entwicklung, die sie selbst entmachtet. Viele Politiker wissen es nicht besser und manche sind besonders stolz auf ihre großartigen Kontakte zu einigen Unternehmen. Es gilt als Ausdruck hohe Wirtschaftskompetenz, wenn man mit Unternehmen verhandelt ist und vom politischen Mandat zu einem hoch dotierten Job in die

Wirtschaft wechselt. Dabei wäre es höchste Zeit, eine Debatte darüber zu führen, wie wir den Lobbyismus begrenzen. Dazu müssen wir uns anschauen, wie er funktioniert. Reale Vorführungen gibt es genug. Eines dieser „Trauerspiele“ möchte ich gerne näher schildern. Vorhang auf:

1. Akt: Ein Gesetz entsteht

Ich war in der letzten Legislaturperiode Umweltpolitischer Sprecher und Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Carbon Capture and Storage (CCS). Mit der CCS-Technologie soll Kohlendioxid, das beispielsweise bei der Energiegewinnung in fossilen Kraftwerken entsteht, noch bevor es in die Atmosphäre gelangt, abgeschieden und am Ende in der Erde verpresst werden. Zwei Jahre haben wir uns in der Arbeitsgruppe Umwelt mit CCS auseinandergesetzt. Wir haben Experten angehört, Gutachten gelesen, diskutiert und uns nach und nach eine differenzierte Position erarbeitet. So lange kein Gesetzentwurf auf dem Tisch lag, hat sich kein Lobbyist für uns und unsere Positionen interessiert. Wie so häufig wurde in unserer Fraktion und auch im Parlament der Zeitpunkt verpasst, ein Thema relativ unbeeinflusst, ohne öffentlichen Druck zu diskutieren.

Anfang 2009 hat die Regierung eine Gesetzesvorlage für den Transport und die Lagerung von CCS erarbeitet. Es ging vor allem darum, sogenannte Demonstrationsvorhaben zu ermöglichen. Vattenfall und RWE wollten die neue Technologie in eigenen Kraftwerken testen. Dazu sollten in einem Gesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen festgelegt und geklärt werden, wann die Verantwortung der Endlager von den Betreibern auf den Staat übergehen.

Bei all dem ging es um viel Geld, das entweder die Unternehmen oder der Staat (und damit die Steuerzahler) aufbringen müssten. Es ging aber auch um Risiken und Unsicherheiten, etwa um die Frage, wie viel CO₂ bei dem Transport und der Lagerung entweichen kann. Als strittig erwiesen sich die Fragen, nach welchem Sicherheitsstandard die Technologie eingesetzt werden sollte und wie groß das Konfliktpotential mit den Menschen ist, die lange Transport-

Pipelines vor ihre Haustür gesetzt bekämen. Knackpunkt war und ist natürlich, dass mit CCS die Energiepolitik weiterhin auf die Kohle ausgerichtet bleibt und damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien gehemmt wird.

Als das Umwelt- in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf erstellte, lief die Lobbymaschinerie plötzlich auf Hochtouren. Die ersten Gesprächswünsche, vor allem von Unternehmensvertretern, erreichten zwar auch das Parlament, aber vorerst richtete sich die Aufmerksamkeit auf die zuständigen Ministerien. Der Energielobby ging es darum, möglichst schnell ein Gesetz zu bekommen, das den Betreibern alle Freiheiten lässt, nur geringe Auflagen macht und vor allem den eigenen Kostenbeitrag in Grenzen hält. Hierzu fertigte man einen eigenen Gesetzentwurf für CCS an, den sich das Wirtschaftsministerium in seinen Verhandlungen mit dem Umweltministerium später zum größten Teil zu Eigen gemacht hat.

Die meisten Wissenschaftler unterstützten die grundsätzliche Möglichkeit, CCS einzusetzen und damit die CO₂-Belastung zu reduzieren, forderten aber gleichzeitig klare Regelungen und Auflagen für die Kraftwerke und den Einsatz der neuen Technologie. Die Umweltverbände standen CCS überwiegend skeptische bis ablehnend gegenüber.

2. Akt: Verschleierungstaktik

Den Umweltverbänden – wie den meisten NGO's – fällt es schon wegen ihrer deutlich geringer bemessenen personellen und finanziellen Ausstattung schwer, ein Gegengewicht zu den Unternehmen und ihren Vertretungen zu bilden. Im Unterschied zu den „Profitlobbyisten“ vertreten die nicht profitorientierten Initiativen und Verbänden insgesamt vor allem ideelle Interessen. Bei der Bewertung von CCS galt es für die ideell geprägten Verbände zu entscheiden, ob der Einsatz der Technologie langfristig dem Klima mehr schadet oder nutzt. Für ein Energieunternehmen steht dagegen einzig und allein im Vordergrund, ob sich ein Gesetz, eine Maßnahme, in diesem Fall der Einsatz von CCS, kurzfristig finanziell eher vorteilhaft für das Unternehmen auswirkt.

Nun kann man die Meinung vertreten, dass es nicht in erster Linie die Aufgabe von Unternehmen ist, dafür zu sorgen, dass der Klimawandel gebremst oder Hunger und Armut in der Welt bekämpft wird. Ideelle Werte – auch gegen den Widerstand von Unternehmen – durchzusetzen, liegt dann aber in der Verantwortung der Politik. Natürlich sollten auch Unternehmen eine Verantwortung für die Gesellschaft und nicht nur für ihre Aktionäre oder für das Bankkonto der Geschäftsführung tragen, aber unser wirtschaftliches System ist darauf ausgelegt, dass sich vor allem die Unternehmen durchsetzen, die profitorientiert und effizient arbeiten.

Wer also die Profitgier von Wirtschaftsbossen beklagt, sollte schlussfolgernd das System an sich kritisieren. Bei einer politischen Diskussion müssen alle sachlichen und wirtschaftlichen Argumente auf den Tisch kommen – ohne Verschleierungstaktiken und ohne die wirklichen Hintergründe für die Handlungsabsichten zu verstecken. Den Primat der Politik gibt es nur noch dann, wenn sie nach einem Abwägungsprozess, auch entgegen der Interessen mächtiger Unternehmen, bereit ist, Entscheidungen durchzusetzen.

3. Akt: Selbstüberschätzung

Derzeit wird alles von der täglichen Beschallung durch die Lobbyisten über-tönt: Die Wirtschaft wisse am besten, welche Sicherheitsstandards in einem Gesetz festgelegt und welche Belastungen in jedem Fall vermieden werden müssten. Jeder Entscheidungsträger, ob er will oder nicht, lässt sich irgendwann von der permanent vorgetragenen Flut der Gespräche, Argumente und Informationen beeinflussen.

Meine Mitarbeiter haben sich 2009 einmal die Mühe gemacht und in zwei Sitzungswochen nachgezählt, wie viele Kontakte mein Büro zu Lobbyisten hatten. Das Ergebnis: In dieser kurzen Zeit erreichten uns über 400 Briefe, Mails, Faxe und Telefonanrufe, die sich Lobbyisten zurechnen lassen. Etwa zwei Drittel der Anschreiben stammen von der Profitlobby. Über 100 Nachrichten waren an mich persönlich gerichtet. Darunter finden sich viele Terminanfragen,

Einladungen zu Diskussionsrunden, parlamentarischen Abenden, Gesprächswünsche, Nachfragen zu bestimmten Gesetzen oder öffentlich getätigten Äußerungen oder einfach nur Übermittlungen eigener Positionen.

Die Überflutung von uns Abgeordneten mit Unternehmensargumenten und Lobbyinteressen ist immens. Keiner bleibt davon unbeeindruckt. Gut bezahlte Lobbyisten verstehen ihr Handwerk. Sie sind bestens ausgebildet, rhetorisch geschickt, immer freundlich und zuvorkommend. Sie schaffen – gerne bei einer Essenseinladung – eine gute Gesprächsatmosphäre und tasten sich nicht plump und direkt, sondern stets behutsam zum Kern ihres Anliegens vor. Sie präsentieren Hochglanzbroschüren und tolle Graphiken. Sie packen uns Abgeordnete bei unserer Eitelkeit, in dem sie uns suggerieren, jeder von uns sei besonders wichtig. Meistens sind die Lobbyvertreter über ihren Gesprächspartner aus der Politik gut informiert und betonen gerne Gemeinsamkeiten wie die gleiche Heimat oder den gleichen Lieblingsfußballclub. Besonders verbindend wirkt die gleiche Parteizugehörigkeit. Deshalb werden gerne ehemalige Abgeordnete als Lobbyisten verpflichtet. Sie können ihre Kontakte nutzen, Türen öffnen, man plaudert über alte Zeiten, den bösen politischen Gegner und schon ist eine Stimmungslage entstanden, die nicht selten dazu führt, dass der Abgeordnete sich nur allzu bereitwillig von den Argumenten des Unternehmens überzeugen lässt.

Unternehmen verfügen über ausgewiesene, umfangreiche finanzielle Mittel und sie lassen es sich gerne etwas kosten, die Abgeordneten zu umgarnen – sei es mittels einer Einladung zu einem opulenten Essen oder zu kulturellen und sportlichen Ereignissen der Extraklasse, wie Leichtathletik- oder Fußballweltmeisterschaften. Natürlich haben sie auch eine deutlich bessere Personalausstattung als die NGOs. Jeder der großen Energieversorger hat allein in seiner Berliner Vertretung fünf bis zehn Mitarbeiter, die für den Kontakt zur Politik verantwortlich sind. Dazu kommen viele weitere Fachleute in den Konzernzentralen, die je nach Bedarf in die Hauptstadt oder in die jeweiligen Wahlkreise zur Unterstützung bei der Überzeugungsarbeit geschickt werden. Davon können die meisten Umweltverbände nur träumen.

Auch ohne große Einladungen praktiziert die finanzstarke Wirtschaft eine Art „Wohlfühllobbyismus“. In ungleicher Konkurrenz zu ihnen stehen häufig hauptamtliche Mitarbeiter von kleinen „ideellen“ Verbänden, die oft unterbezahlt und wenig geschult im Umgang mit Politikern sind. Ihnen ist es weniger gegeben, Politikern Honig um den Mund zu schmieren, sie äußern lieber ungeschminkt und offensiv ihre Forderungen. Ich bevorzuge im Prinzip diesen offenen Umgang, aber es ist wohl auch menschlich, dass diese Form der Lobbyarbeit bei den meisten Parlamentariern weniger gut ankommt.

4. Akt: Direkter Draht

Zurück zum CCS-Gesetz. Unser Anliegen in der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD war es, die Chance zu einer weiteren Emissionsminderung wahrzunehmen, ohne die Risiken herunterzuspielen. Für uns bedeutete dies, die Betreiber nicht aus der Haftung und finanziellen Verantwortung zu entlassen und mit klaren Regelungen dafür zu sorgen, dass die neue Technologie auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards angewendet wird. Zudem wollten wir deutlich machen, dass CCS nicht den Ausbau der Erneuerbaren Energien ersetzen soll und deshalb der Staat weder zu viel Geld in die CCS-Projekte stecken, noch die Kostenrisiken nach kurzer Zeit vergesellschaften dürfe.

Interne Papiere diesen Inhalts, die wir nicht elektronisch versendet, sondern nur an die Mitglieder der Arbeitsgruppe ausgeteilt haben, lagen dennoch in Windeseile auf den Tischen der Lobbyisten. Generell gilt: Gleich wie klein die Runde ist, egal wie vertraulich Papiere sind – es scheint, als säßen die einflussreichen Lobbyisten immer mit am Tisch. Es verleitet konzernkritische Politiker dazu, zurückhaltender zu agieren. Nicht selten habe ich von Unternehmen Papiere erhalten, die mir das zuständige Ministerium verweigert hatte – und das, obwohl ich gewählter Abgeordneter einer Regierungsfraktion war.

Es gehört zur Strategie der Lobbyisten, ihren Einfluss als erstes auf die zuständigen Ministerien und auf das Kanzleramt auszuüben. So konnten die Konzerne bereits den Regierungsentwurf beeinflussen. Das Umweltministe-

rium verhindert, dass die Vorlage nicht allen Wünschen von RWE und Vattenfall entgegengekommen ist. So focussierte sich die Energielobby dann auf das Parlament, welches den Gesetzesvorschlag der Regierung zur Beratung vorgelegt bekommen hatte. Sie drängten vor allem auf eine zügige Verabschiedung. Der Grund dafür: Die EU hatte zugesagt, CCS-Demonstrationsvorhaben zu subventionieren, vorausgesetzt sie würden bis 2010 in Angriff genommen.

Dabei hatte die große Mehrheit des Parlaments noch immer keine Ahnung, was CCS überhaupt bedeutet. Bei einem solch wichtigen Vorhaben mit weitreichenden Folgen für die Zukunft wäre es aber nötig gewesen, ausgiebiger in den Fraktionen über die Technologie und ihre Folgen zu diskutieren. Meine Arbeitsgruppe hatte vorgeschlagen, dass wir nur ein Gesetz für die zwei bis drei absehbaren Demonstrationsvorhaben beschließen und uns dann genug Zeit für ein Folgegesetz nehmen sollten, das für alle weiteren Vorhaben gelten würde. So hätten die deutschen Projekte ihre EU-Förderung bekommen können und die Risiken und Nebenwirkungen unseres Gesetzes wären überschaubar geblieben. Gegen diesen Kompromissvorschlag erhob sich aber vor allem in der Union heftiger Widerstand. Hinter diesem Protest steckte eindeutig die Energielobby. Ihr war daran gelegen, jetzt Nägel mit Köpfe zu machen und sich mit möglichst überschaubaren Haftungsverpflichtungen und Auflagen alle Wege offen zu halten. Dies möglichst, bevor die Masse der Politiker und Bürger mitbekommen würden, was da vor sich geht und auch die Risiken breiter diskutiert würden.

Die Lobby setzte alle Hebel in Bewegung. Selten in meiner Parlamentszeit erreichten mich so viele Anfragen und Gesprächswünsche. Zunächst wünschte man nur, die jeweilige Position darlegen zu dürfen. Interessant war in diesem Zusammenhang, dass die Anfragen hauptsächlich von Unternehmen kamen, die CCS nutzen wollten. Umwelt- oder Verbraucherschutzverbände hielten sich nur selten direkt an mich. Sie äußern meistens ihre Meinung weniger offensiv und schicken den Abgeordneten ihre Positionen per Mail oder Fax, die dann aber nicht selten in dem riesigen Wust an täglich und wöchentlich eintreffenden Papieren untergehen. Dies verweist auf das dritte Ungleichgewicht

zwischen „Profitlobbyisten“ und den Vertretern der eher ideell geprägten Organisationen. Während die eine Seite alles daran setzt, vor allem im vertraulichen Gespräch und mittels direkter Ansprache einzelne Abgeordnete zu beeinflussen, beschränkt sich die andere Seite meist auf das öffentliche Darlegen ihrer Positionen. Ein Grund dafür sind vor allem ihre geringeren personellen Ressourcen. Damit bleibt ihnen schlicht weniger Zeit als den Kollegen aus den Unternehmen, um Politiker beeinflussen zu können.

5. Akt: Gekauft

Das Spiel ging weiter: Jetzt versuchten mich auch Abgeordnete zu beeinflussen, nachdem diese selber von den Unternehmen „lobbyiert“ worden waren. So forderte einer meiner Kollegen sehr massiv, an den Verhandlungen mit der Union unmittelbar beteiligt zu werden, auch wenn CCS mit seinem Fachgebiet nichts zu tun hatte. An dieser Aktion zeigt sich ein Hauptziel des Lobbyismus: Man strebt danach, über kooperierende Abgeordnete in den Parlamenten zu verfügen, die nicht nur Informationen weiterreichen, sondern ihrerseits versuchen, die Kollegen zu überzeugen.

Ein Politiker macht sich häufig nur dann zum Handlanger von Profitlobbyisten, wenn er sich davon etwas verspricht oder hofft, später einmal davon zu profitieren. Hier beginnt die Grauzone des Lobbyismus. Denn meistens handelt es sich um eine unverbindliche Hoffnung und nicht um eine klare Absprache, die den Abgeordneten zu einem Verbündeten eines Wirtschaftszweigs oder eines Unternehmens macht.

Dabei sind die Übergänge zur Korruption fließend, doch laut Gesetz macht sich ein Politiker nur dann strafbar, wenn er seine Stimme nachweislich verkauft. Ein Abgeordneter darf also ganz legal von einem Unternehmen Geld bekommen oder anderweitig beschenkt werden, wenn damit keine unmittelbare Bestechung nachgewiesen werden kann. Wenn der Politiker als Verwendungszweck für diese Finanzspritze angibt, es sei eine Wahlkampfspende oder ein Beratungshonorar, bleibt er rein rechtlich sauber. Jeder kann sich aus-

rechnen, dass unter diesem Deckmäntelchen viele Gelder nur deshalb ihren Besitzer wechseln, weil konkrete Gegenleistungen des Abgeordneten erwartet werden.

Auch wenn sich natürlich viele Abgeordnete nicht kaufen lassen, sollte die Lobbyarbeit, die auf den persönlichen Profit eines Abgeordneten spekuliert, als erstes aus der parlamentarischen Arbeit verbannt werden. Ein Abgeordneter, der dem Aufsichtsrat eines Unternehmens oder einer Beraterfirma angehört, die von den Aufträgen bestimmter Unternehmen abhängen, oder der für Vorträge von der Wirtschaft bezahlt wird, begibt sich eindeutig in eine Abhängigkeit. Er kann gar nicht anders, als befangen zu agieren.

Es gibt eine Reihe von – zumeist einflussreichen – Abgeordneten, die neben dem Volk auch einzelnen Unternehmen verpflichtet sind. So verfügt beispielsweise der ehemalige Minister Heinz Riesenhuber neben seiner Bundestagstätigkeit über weitere 19 bezahlte Tätigkeiten. Damit ist Riesenhuber Spitzenreiter in Sachen Vielbeschäftigung, aber auch Abgeordnete aus den anderen Parteien brauchen sich hinter dem CDU-Mann nicht zu verstecken. Da die Einnahmen aus den Nebentätigkeiten nur in Kategorien pro Monat angegeben werden müssen, lässt man die Öffentlichkeit darüber im Vagen, wie hoch sie genau sind. Doch selbst wenn man nur von den unteren Grenzen der zusätzlichen Verdienste ausgeht, fallen bei mehreren Abgeordneten die Diäten geringer aus, als die gesammelten Nebenverdienste. Vom Gewissenskonflikt einmal abgesehen, können diese umtriebigen Politiker schon allein zeitlich nicht in der Lage sein, ihre vielen Jobs miteinander zu vereinbaren.

Neben der Waffen-, Gesundheits- und Autolobby ist die Energiewirtschaft am stärksten in Berlin vertreten. Ihre Verbindungen zum Bundestag sind nicht zu übersehen. Längst konzentriert sich die Lobbyarbeit nicht mehr auf die klassischen Verbände der Energieunternehmen. Vor allem die großen Unternehmen haben ihre eigenen Berliner Vertretungen. Obwohl ich schon zahlreiche Gespräche mit deren Lobbyisten geführt habe, treffe ich in fast jeder Gesprächsrunde auf Personen, die mir bis dato noch nicht bekannt sind. In allen Auf-

sichtsräten der Energieunternehmen sitzen Politiker unterschiedlicher Parteien. In der Union und der FDP sind die guten Beziehungen zur Wirtschaftslobby besonders ausgeprägt, aber auch zur SPD haben sich die Kontakte stetig verfestigt. Selbst die Grünen haben ihre strikte Antihaltung gegenüber der Energielobby weitestgehend aufgegeben. Viele ihrer Abgeordneten arrangieren sich mit Lobbyismus und setzen darauf, dass am Ende doch die Politik am längeren Hebel sitzt.

6. Akt: Druck und Drohungen

Die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition und ihre beiden fachzuständigen Stellvertreter, wie auch weitere Abgeordnete und Parteifunktionäre wurden mit Gesprächswünschen und Argumenten überhäuft. Die beiden hauptsächlich beteiligten Unternehmen Vattenfall und RWE nutzten ihre guten Drähte zu den Spitzenpolitikern in Brandenburg und NRW. Zuvor hatte bei einer Podiumsdiskussion der zuständige Umweltpolitiker der Union davon gesprochen, dass sich die CDU gut vorstellen könnte, ein Gesetz nur für die Demonstrationsvorhaben mit der SPD zu vereinbaren. Davon war nach den Gesprächen mit der Lobby keine Rede mehr.

Es wurde immer schwieriger, eine differenzierte Position innerhalb der Fraktion zu vertreten und Einfluss auf das Gesetz zu nehmen. Während die Lobbyvertreter in diesem Fall also für den Wohlfühllobbyismus zuständig waren, unternahmen die von den Unternehmen für ihre Ziele gewonnenen Politiker das schmutzigere Geschäft der Beschuldigungen und Drohungen. Der Vorwurf der Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit und die angebliche Gefährdung von Arbeitsplätzen sind Totschlagargumente, die, egal wie unsinnig sie sind, immer wieder vorgebracht werden. Denn kein Abgeordneter kann wirklich überschauen, wie stark ein Unternehmen von einer Regelung be- oder entlastet wird. Bei der CCS-Diskussion ging es sehr schnell nicht mehr um den Klimaschutz und auch nicht um die Kostenrisiken für die Bevölkerungen, sondern fast nur noch um die Kosten-Nutzen-Aspekte für die Unternehmen. Und wer da nicht uneingeschränkt für die Forderungen der Unternehmen ist, ist

gegen das Gesetz und deshalb insgesamt gegen CCS – so einfach verlief die Argumentation.

Die Einflussnahme der Lobby schlug sich immer deutlicher nieder – nicht nur bei bisher unbeteiligten oder wirtschaftsfreundlichen Abgeordneten. Erste Kollegen, die zuvor kritische Einwürfe gegen das Gesetz vorgebracht hatten und Änderungsbedarf sahen, änderten ihre Sichtweise oder hielten sich zunehmend zurück. Auch in meiner Arbeitsgruppe merkte ich, wie unsere gemeinsam erarbeitete Position an Rückhalt verlor. Ein nordrheinwestfälischer Kollege gab mir den freundschaftlichen Rat, von den Änderungswünschen abzulassen. Man müsse doch der „NRW-SPD noch Luft zum Atmen lassen“, solle also ihre lobbyfreundliche Position nicht anprangern. Ein anderer Abgeordneter warnte mich, natürlich ebenfalls „gut gemeint“, den Bogen nicht zu überspannen, weil ich sonst doch immer mehr unter Druck geraten könnte, auch im eigenen Wahlkreis. Diese Warnung war nichts anderes als eine verkappte Drohung, man könne mich auch in meinem Wahlkreis in Misskredit bringen, wenn ich mich weiterhin den Forderungen der Industrie in den Weg stellen würde. Es gab weitere Ratschläge dieser Art. Trotz aller Vorkenntnisse und schlechten Erfahrungen, die ich bis dahin gesammelt hatte, war ich dennoch überrascht, wie massiv das Lobbynetzaus Unternehmensvertretern und Politikern zu Werke ging.

7. Akt: Die Gegenlobby schlägt zurück

In Sachen CCS sollten nun die Verhandlungen mit der Union geplant werden. Während der Vorgespräche innerhalb unserer Fraktion signalisierten unsere Wirtschaftspolitiker überraschend, dass sie sich mit vielen unserer Änderungswünsche anfreunden konnten. Nur die Abstufung auf ein Gesetz, dass sich auf die ersten zwei bis drei CCS- Demonstrationsprojekte beschränken sollte, lehnten sie ab und es war ihnen immens wichtig, das Gesetz noch vor dem Sommer durchzupeitschen. Mir war recht schnell klar, dass sie darauf setzten, dass die Änderungsvorschläge im Wesentlichen von der Union abgeräumt würden. Doch die Union ging noch weiter. Sie wollte keine Zugeständ-

nisse machen, dafür aber weitreichende Erleichterung der Enteignung von Grundstücksbesitzern erreichen, damit der Transport und die Lagerung nicht durch lange Rechtsverfahren aufgehalten würden. Darauf wollten wir uns nicht einlassen. Nach einem langem hin und her wurde ein Kompromiss immer unwahrscheinlicher. Damit war als Minimalkonsens nur eine Einigung auf der Grundlage des Regierungsentwurfes möglich – der viele Fragen nicht beantwortete und der Industrie einen Blankoscheck ausstellte. Die Lobbyisten jubelten.

Zudem enthielt das Gesetz Regelungen, die die Regierung ermächtigen sollte, wesentliche Rahmenbedingungen für die Genehmigung der CCS-Technologie ohne Beteiligung des Parlaments zu verabschieden. Damit hätte sich das Parlament in wichtigen politischen Entscheidungen selbst entmachtet – und zwar nicht zum ersten Mal. Wieder einmal musste ich erleben, wie Abgeordnete sich selbst ihren Einfluss rauben und die Entscheidung zu wichtigen Themen alleine der Regierung übertragen. Eine fatale Entwicklung. Denn egal, wie umsichtig sich eine Regierung verhält: Immer wenn es um substantielle politische Entscheidungen geht, darf das Parlament nicht außen vor gelassen werden. Welches Selbstverständnis haben wir Abgeordnete, wenn wir solchen Ermächtigungsverordnungen stets aufs Neue zustimmen?

Die Lobby hatte sich in vielen Punkten durchgesetzt und uns Umweltpolitiker gelang es nicht einmal kleinere Änderungen vorzunehmen. Noch immer hatten wir in meiner Fraktion nicht ausgiebig über CCS und das Gesetz diskutiert. In der entscheidenden Fraktionssitzung, als wir nun endlich über das Gesetz sprechen sollten, gab es dann eine Überraschung: Die Union wollte die Verabschiedung des Gesetzes um eine Sitzungswoche verschieben. Drei Tage später trafen sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen und einigten sich zunächst auf ein Demonstrationsgesetz und stimmten weiteren Forderungen der SPD über eine verbesserte Haftung bei Schäden durch CCS zu. Doch bereits am Anfang der folgenden Woche platzte auch diese Vereinbarung. Auf einer Konferenz der Energie- und Wasserversorger in Berlin bestätigte Angela Merkel höchstpersönlich die komplette Absetzung des Gesetzes. Was war geschehen?

Warum haben sie bei den Verhandlungen nicht früher den Mund aufgemacht und Änderungen eingefordert oder unseren Vorschlägen zugestimmt?

Erst ging der Union das Gesetz nicht weit genug und auf einmal wuchs der Widerstand in solchen Dimensionen, dass sie das ganze Gesetz ablehnten. Sehr schnell stellte sich heraus: Hinter der Ablehnung des Gesetzes steckten wieder einmal Lobbyisten. Diesmal allerdings nicht die Vertreter der Energieunternehmen, sondern die des Bauernverbands. Der Verband registrierte, dass die Pipelines über das Land ihrer Mitglieder gebaut werden sollte und die Endlager auch deren Flächen und Böden beeinträchtigen könnten. Vor allem in Schleswig-Holstein und Bayern gab es binnen kurzer Zeit viel Protest, der besonders bei dem angeschlagenen CDU-Ministerpräsident Carstensen und einigen CSU-Abgeordneten auf fruchtbaren Boden fiel. Sie entdeckten plötzlich ein Thema, mit dem sie punkten konnten, weil viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend eine kritische Haltung gegenüber den drohenden CCS-Pipelines einnahmen.

So wurde das CCS-Gesetz kurzerhand begraben. Viele Kritiker freuten sich, ich aber war wütend. Denn das Procedere war ein eindrucksvoller Beweis für die Machtlosigkeit, der man als Abgeordneter anheimfällt, wenn man sich immer wieder von den Lobbyisten leiten lässt. Monatelang habe ich versucht, auf demokratischem Weg, mit viel Überzeugungsarbeit Mehrheiten für Änderungen am Gesetz zusammenzubekommen. Viele Abgeordnete haben anfangs die meisten Vorschläge meiner Arbeitsgruppe unterstützt, aber am Ende konnten wir keine einzige Änderung durchsetzen. Umweltverbände und eine Reihe von Wissenschaftlern fanden mit ihrer Kritik kaum Gehör. Doch der Energielobby gelang es, dass der Regierungsentwurf unangetastet blieb. Dann erschien eine andere starke Lobby auf dem Spielfeld und mit ihrer Hilfe wurde in kurzer Zeit, das ganze Gesetz gekippt. Nach so einer Erfahrung erübrigt sich die Frage, wer in diesem Land regiert und wer bestimmt, was in den Gesetzen steht.

Hätte die SPD das Gesetz scheitern lassen oder auch nur verändert, wäre das Geschrei der Energielobby groß gewesen. Aber die SPD konnte sich noch nicht

einmal darüber freuen, dass nun die Union von der Energiewirtschaft attackiert wurde. Es herrschte vielmehr Stille. Wer eins und eins zusammenzählt, dem wird klar, wie die Union die beteiligten Energieunternehmen so schnell beruhigen konnte: Das Versprechen, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, ist aufgrund der hohen Gewinnaussichten für die Unternehmen viel lukrativer als die Verabschiedung des CCS-Gesetzes. Zudem wird es sicher einen neuen Anlauf für das Gesetz geben. So senkt sich vorläufig der Vorhang nach einem Theaterstück, einer Farce, welche die schnöde Realität in der Berliner Lobbyrepublik abbildet.

2. Der selbstentmachtete Staat

Die Beeinflussung wird neu definiert

Das Berliner Lobbytheater hat jeden Tag mehrere Aufführungen. Doch die meisten Darbietungen finden nur mit ausgesuchtem Publikum fernab der Öffentlichkeit statt. Natürlich enden nicht alle Stücke wie beim CCS-Gesetz. Es gibt glücklicherweise Gegenbeispiele, doch sie sind seltener und sie fordern einen immensen Aufwand. Das man bei jedem Gesetz - auch bei CCS - auch rein sachlich immer verschiedenen Positionen vertreten kann, will ich gar nicht in Abrede stellen. Die Frage ist aber, wie kommen am Ende die Beschlüsse zustande.

Meine Erfahrungen und viele Gespräche mit Kollegen zeigen mir, dass die Macht der Profitlobby deutlich anwächst und die meisten für die Wirtschaft wichtigen Gesetze von ihr mitbestimmt werden. Die Politik wird immer mehr zu einem Spielball der großen Konzerne. Sie besitzen die Macht und das Geld, das politische Geschehen zu beeinflussen. Und es ist geradezu grotesk, dass diejenigen, die von der Politik immer einfordern, sich aus der Wirtschaft herauszuhalten, sich selbst massiv in die Politik einmischen.

In Brüssel verrichten mindestens 15.000 Lobbyisten ihr Werk, mehr als zwei Drittel von ihnen im Auftrag von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und den von ihnen initiierten Denkfabriken. In Berlin wird die Anzahl der Lobbyis-

ten mittlerweile auf mehr als 5.000 Personen geschätzt. Damit kommen auf einen Abgeordneten etwa acht Lobbyisten. Auf der Verbändeliste des Deutschen Bundestages sind mehr als 2.000 Verbände registriert. Viele Lobbyisten unterhalten Büros in unmittelbarer Nähe zu den Parlamenten und setzen die Kosten dafür von der Steuer ab. Insgesamt finanzieren die großen Konzerne ihren Lobbyismus aus der Portokasse, während gemeinnützig tätige Akteure auf staatliche Unterstützung oder/und auf Spenden angewiesen sind. Für die Wirtschaft zahlt sich das Aussenden von Lobbyisten häufig auch finanziell aus, während die Nonprofit-Organisationen hohe Kosten aufwenden müssen, um dann maximal einen ideellen Erfolg erzielen zu können.

Wohl mehr als zwei Drittel der umtriebigen Politikbeeinflusser sind Profitlobbyisten. Sie haben einen sehr guten Zugang vor allem zu den Entscheidungsträgern im Parlament. Während beispielsweise die Umweltverbände nur alle paar Jahre einen Gesprächstermin mit der Fraktions- und Parteiführung der SPD bekommen, finden solche Treffen mit der Geschäftsführung der großen Energieunternehmen mehrmals jährlich statt. Die Umweltverbände müssen sich damit begnügen, alle gemeinsam angehört zu werden, während RWE und Co die Gesprächszeit natürlich exklusiv erhalten. Bei Union und FDP ist dieses Missverhältnis vermutlich noch größer.

Es gibt keine Chancengleichheit zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, was ihre Einflussnahme auf die Politik betrifft. Verbände ohne große Geldgeber, ohne wirtschaftliche Interessen haben schlechtere und weniger Möglichkeiten, den Abgeordneten ihre Auffassungen nahezubringen. Und die Interessen einzelner Bürger drohen vollständig unterzugehen, wenn sie nicht gerade im Wahlkreis auf einen gesprächsbereiten Abgeordneten treffen.

Es entstehen immer mehr kleine mobile Unternehmen, deren Hauptarbeit darin besteht, für Auftraggeber Lobbyarbeit zu verrichten. Anwaltskanzleien, „Public Affairs Agenturen“ bieten der Wirtschaft ihre Dienste zur Beeinflussung der Politik an. Dazu kommen sogenannte Denkfabriken, die teilweise un-

ter dem Deckmantel scheinbarer Neutralität versuchen, eine bestimmte politische Stimmungslage zu erzeugen. Ihre Geldgeber sind meist finanzstarke Unternehmen. Ein bekanntes Beispiel für solch eine angeblich unabhängige Denkfabrik ist die neoliberale Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Der Lobbydschunzel ist dichter und undurchsichtiger geworden. Was seriös und unabhängig anmutet, ist häufig von Geldgebern initiiert, denen es lediglich um ökonomische Interessen geht. Vorgetäuschte Gemeinwohlinteressen und irreführende Kampagnen gehören mittlerweile zum Alltag der Berliner Lobbyrepublik.

Politiker wissen oft nicht, welche Interessen die freundlichen Damen und Herren vertreten, mit denen sie ein so nettes Gespräch geführt haben. Das hilft den Lobbyisten, denn viele Großkonzerne sind in der Bevölkerung nicht mehr gut angesehen. Eine geringe Akzeptanz erschwert aber die Lobbyarbeit, denn noch lassen sich Politiker – vor allem vor Wahlen – von den Stimmungen der Bevölkerung leiten. Schon deshalb tritt der Profitlobbyismus gerne als Sponsor auf. Davon profitieren aber nicht nur der Sport, die Kultur oder Wohltätigkeitsorganisationen. Es gibt mittlerweile fast kein parteipolitisches Fest mehr, dass ohne das Sponsoring spendabler Unternehmen ausgetragen wird.

Lobbyierte Medien

Lobbyisten nutzen geschickt die neuen Medien und noch viel wichtiger: Sie folgen den Strömungen der Macht. Der Lobby bleibt nicht verborgen, dass Parlamentarier an Einfluss verlieren und nur noch wenige Abgeordnete wirklich etwas zu sagen haben und dass in erster Linie die Regierung die politischen Inhalte vorgibt. Also halten sie sich stärker als früher an die wirklich mächtigen Politiker und schenken den meisten Abgeordneten weniger Beachtung – lassen ihnen allerdings weiterhin den „Wohlfühllobbyismus“ gedeihen. Es kommt der Lobby entgegen, wenn sich die Mehrheit der Parlamentarier hauptsächlich den Vorgaben der Regierung fügen. So spart sie Ressourcen für die wichtigeren Leute. Ein wichtiger Teil der Einflussnahme hat sich derweil auf die Regierungsmitglieder und den Beamtenapparat der Ministerien verla-

gert. Das Hauptaugenmerk richten Unternehmen zudem schon längst auf Brüssel, wo viele Gesetze entstehen, die in den Nationalstaaten dann umgesetzt werden müssen.

Außerdem werden zunehmend die Medien lobbyiert. Der ökonomische Druck, mit dem diese zu kämpfen haben, führt zu einem gnadenlosen Wettbewerb um Anzeige- und Werbekunden, die wirtschaftlich wesentlich wichtiger sind als die Zahl der Abonnenten. So bekommen potente Werbekunden natürlich großen Einfluss auf die Medien, den sie naturgemäß nutzen. Darunter leidet die Unabhängigkeit der Medien und auch der Journalisten. Niemand sollte sich einreden lassen, dass Herausgeber oder Chefredakteure darüber hinwegsehen, wenn ihre Journalisten kritisch über einen großen Konzern berichten, der gleichzeitig einer der Hauptwerbekunden ist. Auch die Medien sind der Ökonomisierung nicht entgangen. Nur wenige Sendungen, Zeitungen und Magazine haben sich dieser Entwicklung bisher entzogen. Und selbst über Unternehmen, die nicht als Anzeigenkunden auftreten, scheuen sich viele Medien, kritisch zu berichten, weil sie vor teuren Klagen Angst haben.

Gute intensive Recherche und unabhängige Berichterstattungen sind zu einem immer knapperen Gut geworden. Die Journalisten müssen sich häufig ihren Brotgebern beugen, wenn sie ihren Job behalten wollen. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage vieler Verlage wird an den Honoraren gespart, was wiederum die Journalisten unter Druck setzt, möglichst viel in möglichst kurzer Zeit zu schreiben. Immer mehr Journalisten stehen deshalb in Lohn und Brot bei Agenturen, die für die Profitlobbyisten arbeiten. Die Grenzen zwischen Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Journalismus verschwimmen. Dazu kommt, dass die Lobbyisten auch Journalisten mit ihren Verlockungen zu manipulieren versuchen.

In der Regierung angekommen

Eine besondere Qualität hat der Lobbyismus erreicht, der sich auf die Regierung richtet. Nicht genug, dass die Lobbyisten versuchen vor allem Minister,

Staatssekretäre und Beamte zu beeinflussen – nein, sie stellen seit einigen Jahren den Ministerien sogar eigene Mitarbeiter zur Verfügung. Es schlug ein wie ein Bombe, als die beiden Journalisten Kim Otto und Sascha Adamek für das Nachrichtenmagazin Monitor diese unglaubliche Praxis Ende 2006 enttarnen und später in ihrem Buch „Der gekaufte Staat“ detailliert beschrieben. Mehr als 100 Mitarbeiter sind seitdem bekannt geworden, die in deutschen Ministerien gearbeitet haben und von der Profitlobby bezahlt wurden. Die Grauzone dürfte erheblich höher sein.

Besonders pikant ist es, dass einige von ihnen an Gesetzentwürfen mitgeschrieben haben. Zumindest diese Praxis wurde mit einer Richtlinie im Juli 2008 unterbunden. Seitdem sinkt die Zahl dieser eingeschleusten Lobbyisten, aber ganz haben sich die Ministerien von diesen günstigen Arbeitskräften nicht trennen wollen.

Neben der direkten Einflussnahme engagieren Ministerien auch gerne Wirtschaftskanzleien, die ihnen zuarbeiten, Gesetzestexte vorbereiten. Besonders der Wirtschaftsminister zu Guttenberg ist deshalb im August 2009 unter Beschuss gekommen. Aber auch in anderen Ministerien hat sich diese Praxis durchgesetzt. Die Kanzleien kosten nicht nur viel Geld, sie können vor allem nicht unabhängig sein, weil sie natürlich noch andere meist finanzstarke Unternehmen als Auftraggeber haben. Immer mehr Veröffentlichungen belegen, wie weit die Politik vom Lobbyismus durchdrungen ist. Doch nicht die Einzelfälle, die gerne als Ausnahmen hingestellt werden, sondern der Lobbyismus in seiner Gänze belastet unsere parlamentarische Demokratie.

3. Neue Regeln für Lobby und Politik

Lobbyismus ist trotz seiner guten Inszenierung kein fiktives Theaterstück, sondern eine reale Aufführung, die sich vor unseren Augen abspielt. Weder sind die Mitwirkenden Schauspieler, noch sind alle anderen bloße Zuschauer. Jeder kann sich einmischen und mithelfen, den Lobbyismus einzudämmen, ihn

auf ein vernünftiges Maß zurechtzustutzen. Die Politiker sollten aufwachen und die Bewegung der Kritiker anführen.

1. Forderung: Für Erkenntnis sorgen

Die erste Forderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Nur wer erkennt, dass der Lobbyismus mittlerweile einen schädlichen Einfluss auf unsere Demokratie hat, kann dazu bewegt werden, ihm Einhalt zu gebieten.

Die Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“ hat mit ihrem Kongress „In der Lobby brennt noch Licht“ (Herbst 2008) einen guten Grundstein für eine ausgiebige Diskussion über den Lobbyismus gelegt. Darauf sollten andere Veranstaltungen, Analysen und Diskussionen aufbauen: Die Wissenschaft muss ihre empirischen Defizite in diesem Bereich möglichst schnell ausgleichen. Parlamentarische und bildungspolitische Einrichtungen sollten dem vernachlässigten Thema endlich den Raum geben, den es benötigt. Die Medien, nicht nur einige engagierte Journalisten, haben die Aufgabe, ihrer Kontrollfunktion nachzukommen und die Auswirkungen des Lobbyismus stärker zum Thema zu machen, ohne gleich populistische Politikerschelte zu betreiben. Unternehmen könnten ihre Lobbytätigkeiten freiwillig offen legen und sich Regelungen nicht verschließen.

Vor allem aber die Politiker selbst, müssen sich ihrer Verantwortung endlich bewusst werden. Als erste Handlung in diese Richtung sollte der Bundestag eine Enquetekommission zum Thema Lobbyismus einrichten, in der Abgeordnete als auch Fachleute aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sitzen und die sich nicht auf eine Analyse beschränkt, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

2. Forderung: Neue Transparenz bewirken

Mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes 2005, hat die rot-grüne Bundesregierung zumindest eine gewisse Transparenz der Abgeordneten- Nebenverdienste bewirkt. Doch die eingeführten Kategorien (1.000 bis 3.500 Euro,

3.500 bis 7.000 Euro und über 7.000 Euro) zur Einteilung dieser Nebenverdienste sind viel zu ungenau, um daraus Erkenntnisse zu ziehen. Am besten wäre es, die Nebeneinkünfte vollständig offenzulegen. Ausnahmen sind nur dann verständlich, wenn beispielsweise ein Abgeordneter weiter als Anwalt einige wenige Fälle übernimmt und nicht möchte, dass jedem ersichtlich ist, was dies seinen Mandaten gekostet hat. Was ganz sicher fehlt, sind Kategorien jenseits der 7.000 Euro Nebenverdienst.

Die Offenlegung der Einkünfte reicht aber nicht aus. Es sollte für Parlamentarier selbstverständlich sein, alle ihre Mitgliedschaften und Ämter zu benennen. Die Bürger sollten sich ein umfassendes Bild von ihren Abgeordneten machen können und einsehen dürfen, wo er aktiv ist und wen er unterstützt. Dabei geht es um die bezahlten, aber auch um die ehrenamtlichen Tätigkeiten und Posten. Einige Politiker sind mit gutem Beispiel vorangegangen und bezeichnen sich als gläserne Abgeordnete, die nicht nur umfassend über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen, sondern auch über ihre Aktivitäten, Ämter und Funktionen. Wer es wirklich ernst meint, listet zudem die relevanten Spenden auf, die er im Wahlkampf erhält.

Wer noch einen Schritt weiter geht, sollte veröffentlichen, wann und mit welchen Lobbyisten er sich trifft. Nicht allen Gesprächspartnern gefällt diese Praxis, aber auch dies wäre ein wichtiger Ansatz für mehr Klarheit. Insgesamt darf es bei der Transparenz nicht bei der Freiwilligkeit bleiben. Am Ende eines notwendigen Diskussionsprozesses über Maßnahmen zur Transparenz sollte ein bindendes Regelwerk für die Abgeordneten eingeführt werden.

3. Forderung: Lobbyregister einführen

Das 1972 eingeführte „Öffentliche Liste der registrierten Verbände und deren Vertreter“ beim Deutschen Bundestag beruht lediglich auf Freiwilligkeit. Es bietet nur im Ansatz weiterführende Informationen, etwa solche über Budgets und Finanzströme. Ähnlich verhält es sich mit dem im Juni 2008 eingeführten Register der EU. Es wird deshalb niemanden verwundern, dass die Rate der

Registrierungen gering ausfällt und die Qualität der offen gelegten Daten unzureichend ist. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist in Bezug auf mehr Transparenz im Lobbyismus gescheitert.

Statt fauler Kompromisse brauchen wir öffentliche Lobby-Register, die verpflichtende Angaben über Auftraggeber, betroffene Gesetzesvorhaben und Regierungsressorts sowie über Honorare beinhalten. Es werden alle Personen erfasst, die über einen Zeitraum von drei Monaten mehr als 20 Prozent ihrer Arbeitszeit für den Arbeitgeber oder Kunden mit Lobbytätigkeiten aufbringen. Falschangaben oder die Nicht-Registrierung können zu empfindlichen Geldbußen oder sogar zu Haftstrafen führen.

Nach den Vorstellungen der Initiative „LobbyControl“ sollte ein Lobbyisten-Register in Deutschland als Onlinedatenbank für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Ein Register sollte in jedem Fall für alle Arten von Lobby-Akteuren gelten, somit also auch für Lobby-Arbeit betreibende Anwälte, Denkfabriken und Stiftungen. Die Kontrolle obläge idealerweise einer öffentlichen Institution, die aus praktischen Gründen an schon bestehende Einrichtungen wie den Bundesdatenschutzbeauftragten angegliedert werden könnte.

Wichtig an den begrüßenswerten Forderungen von LobbyControl ist die Notwendigkeit von klaren Anreize und Sanktionen bei Fehlverhalten, damit man keinen zahnlosen Tiger heranzüchtet. Denn die meisten mir bekannten freiwilligen Vereinbarungen sind gescheitert und dienen nur dazu, klare Regelungen zu verhindern oder zumindest aufzuschieben.

4. Forderung: „Waffengleichheit“ herstellen

Besonders schwierig ist es, eine Balance zwischen der Profitlobby und den anderen Interessensverbänden herzustellen. Nur wenn die Interessen die Politik in einem ausgewogenen Maße erreichen, ist der Lobbyismus wirklich eine Bereicherung und keine Aushöhlung für die Demokratie. Transparenz deckt dabei immerhin die ungleichen Möglichkeiten der verschiedenen Lobbyisten

auf und ermuntert indirekt auch die Politiker, näher hinzuschauen und ihren Umgang mit den Lobbyisten zu überdenken und eventuell zu verändern.

Wir Abgeordnete sollten uns selbst dazu anhalten, mit den verschiedenen Interessensgruppen gleichberechtigter umzugehen. Wir sollten nicht nur mit denen die Gespräche führen, die am lautesten schreien, am hartnäckigsten auf Mitarbeiter einreden oder den einflussreichsten Verbänden oder Unternehmen angehören. Stattdessen kann jeder Abgeordnete mehr Zeit für die Forderungen der kleineren Verbänden, Initiativen, den Bürgerbriefen und natürlich für die wissenschaftlichen Beurteilungen aufbringen.

Natürlich ist es unterm Strich unmöglich, seine Zeit und seine Energie völlig ausgewogen aufzuteilen. Denn meistens existieren nicht nur zwei Seiten und Positionen, sondern viele Zwischentöne, die auch beachtet sein wollen. Schwieriger ist es, ausgeübten Druck zu widerstehen, sich dagegen zur Wehr zusetzen. Aber nur wenn dies immer mehr Abgeordneten gelingt, lässt sich das Ungleichgewicht zwischen den Interessensgruppen deutlich vermindern.

Mit vielen Einladungen zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen oder zu Abenden mit rein festlichem Charakter buhlen die Lobbyisten um unsere Gunst. Diese Termine ohne politischen Mehrwert können wir Politiker meiden oder zumindest deutlich reduzieren. Stattdessen sollten wir Wissenschaftler, aber auch Unternehmer, Gewerkschafter und Vertreter der NGOs häufiger zu uns in die Ausschüsse und Arbeitsgruppen einladen, wie dies beispielsweise bei den Fachanhörungen der Ausschüsse bereits geschieht. Bei solchen Einladungen behielten wir das Heft des Handelns in der Hand, bestimmten wir die Diskussion und wir könnten auch verschiedene Meinungen zu Wort kommen lassen.

5. Forderung: Grenzen ziehen

An oberster Stelle steht die Verschärfung des Korruptionstatbestandes bei Abgeordneten. Nicht erst der direkte Stimmenkauf – der ohnehin kaum nach-

gewiesen werden kann – korrumpiert Politiker und gefährdet den demokratischen Willensprozess.

Die Regierung hat umgehend die Mitarbeit von Lobbyisten in den Ministerien zu unterbinden. Es darf auch dann keine Ausnahmen geben, wenn die Lobbyisten nicht an Gesetzestexten mitarbeiten. Die kostspielige Ausgliederung von Expertisen und Erstellung von Gesetzestexten an Kanzleien oder Beraterunternehmen muss deutlicher reguliert und eingeschränkt werden. Zunächst sollte man alle Aufträge an Dritte transparent auflisten. Zusätzlich müsste überlegt werden, ob die zugeordneten Fachausschüsse ein Mitspracherecht bei der Vergabe der größeren Aufträge bekämen, auch wenn dies einen größeren Verwaltungsaufwand bedeutet. Statt immense Summen an kommerzielle Berater zu verteilen, sollte der Fachverstand der eigenen Mitarbeiter besser genutzt, bei Bedarf die Mitarbeiterzahl aufgestockt und die Weiterqualifizierung stärker befördert werden.

Parteien sollten ebenfalls ihren Umgang mit den Lobbyisten überdenken. Es wäre wichtig, dass neben den hohen, auch die niedrigeren Spenden kenntlich - für alle einsehbar - aufgelistet würden. Doch jede Spende hinterlässt am Ende immer Eindruck, dass sie den Politiker beeinflussen könnte. Ich halte es für eine lohnenswerte Diskussion, generell die Parteispenden in Frage zu stellen, auch wenn man dann auf anderem Wege die Parteienfinanzierung sichern müsste.

Auch für den direkten Wechsel von Abgeordneten und Ministern in die Wirtschaft sind klare Regelungen vonnöten. Der so genannte „Drehtüreffekt“ hat vor allem ehemalige Minister und Spitzenpolitiker nach ihrer Amtszeit häufig auf hochdotierte Positionen in Großkonzernen oder Lobbyverbänden befördert. Natürlich gibt es Politiker, die durchaus den dazu notwendigen wirtschaftlichen Sachverstand mitbringen, doch meist bleibt der Eindruck, dass dieser Stellenwechsel ein lukratives Dankeschön für die lobbyfreundliche Haltung des entsprechenden Politikers ist. Wir sollten diese Wechsel-Praxis einschränken – etwa durch eine vierjährige Phase, in der ausscheidende Volks-

vertreter zumindest keine Spitzenpositionen in der Wirtschaft annehmen dürften.

Insgesamt müsste der Umfang der Nebeneinkünfte - vor allem in Aufsichts- und anderen Wirtschaftsräten - eingeschränkt werden. Zudem sollte man die dortigen Einnahmen, bis auf einen kleinen Unkostenbeitrag, im gleichen Umfang von den Diäten abziehen – woraufhin wahrscheinlich viele Politiker schlagartig ihre Nebentätigkeiten reduzieren würden.

Gerade nach der Finanzkrise ist allerdings ein grundsätzliches Nachdenken darüber angebracht, wer und mit welchem Umfang Aufsichtsratsposten übernehmen sollte. Meist stützen Aufsichtsräte nur die Positionen des Unternehmensvorstands, statt diesen auch zu beaufsichtigen. In vielen Banken und bei einer Reihe von Unternehmen haben die Aufsichtsräte auch deshalb komplett versagt. Wer seine Aufgabe in diesen Gremien wirklich ernst nimmt, kann dies kaum nebenbei, als Bundestagsabgeordneter, bewerkstelligen. Abgeordnete, die selbst durch ein oder mehrere Unternehmen profitieren, dürfen sich generell nicht mehr in die Politikfelder einschalten, zu denen diese Unternehmen gehören.

6. Forderung: Mehr Spielraum für Parlamentarier einräumen

Im Rahmen einer Diskussion über die Auswirkungen des Lobbyismus sollten Parlamentarier eingestehen, dass sie zunehmend stärker belastet und teilweise auch überfordert sind. Zwar besteht der berechtigte Anspruch an die Politiker, dass sie alle Anfragen differenziert beantworten und auch sonst in möglichst vielen Themen auf dem neuesten Wissensstand sind. Diesen Anspruch kann aber bei der Fülle der Themen und Flut der Anfragen keiner von uns erfüllen. Die permanente Zeitnot führt dazu, jeden Abgeordneten für die Vorträge und Einflüsterungen der Lobbyisten empfänglicher zu machen.

Um mit Aussagen der Lobbyisten, aber auch mit Regierungsvorlagen kritischer und reflektierter umzugehen, brauchen wir eine Aufwertung und Stärkung der Arbeitsgrundlage unserer Politik. Eine Möglichkeit, dieses Dilemma

zumindest zu mildern, wäre, das Budget für die Mitarbeiter zu erhöhen. Natürlich ist dies eine wenig populäre Forderung, doch wir benötigen mehr Wege, um unabhängig an unsere Informationen zu kommen oder Behauptungen überprüfen zu können. Zudem sollte das Parlament stärkere Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen fördern, die unseren Sachverstand erhöhen.

7. Forderung: Unabhängiges Gremium für Lobbykontrolle einsetzen

Die meisten der aufgelisteten Forderungen werden nur funktionieren, wenn sie klaren Regeln unterworfen sind und verpflichtend eingeführt werden. Einige andere Maßnahmen, beispielsweise die völlige Transparenz der Einkünfte, könnten durch freiwillige Vereinbarungen oder durch einen Codex vorgegeben werden. Für die Bürger wäre es dann nachvollziehbar, wie sich ihre Volksvertreter verhalten.

Insgesamt müssen alle Maßnahmen regelmäßig überprüft werden. Nur so ließe sich feststellen, ob sie den Lobbyismus wirklich eindämmen und auf ein vernünftiges Maß begrenzen. Dazu braucht es ein unabhängiges Gremium, das diese Überprüfung vornehmen kann und die Entwicklung des Lobbyismus analysiert, dokumentiert und daraus resultierende Schlussfolgerungen präsentiert.

Gesellschaftlicher Druck ist notwendig

Es wichtig, dass der Umgang mit Lobbyisten nicht nur von Experten und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wird. Die Auswirkungen des Lobbyismus betreffen uns alle, denn die Meinung jedes Einzelnen wird durch die Einflusszunahme der Lobbyisten abgewertet. Wer von keiner starken Lobby vertreten wird, hat bei vielen Gesetzen das Nachsehen. Wer dieses Spiel nicht mitmachen möchte, sollte sich nicht angewidert abwenden, sondern mithelfen, den Druck auf die Politik zu erhöhen. Jeder kann seinen Parlamentarier zur Rede stellen und prüfen, wie er es mit dem Lobbyismus hält.

Meine Forderungen sind nur ein Anfang, die massive Beeinflussung der Profitlobbyisten zu begrenzen. Lobbyismus ist ein Werkzeug, die Machtverlagerung von der Politik auf eine kleine Wirtschaftselite zu beschleunigen und zu verstetigen. Insgesamt müssen wir unsere Diskussion auf die fortschreitende Ökonomisierung der Politik und der Gesellschaft insgesamt ausrichten. Noch hat es die Politik selber in der Hand, den Einfluss in die Mitte der legitimierten Parlamente zurückzuholen, doch dafür muss sie endlich handeln. Es geht aber nicht nur um Begrenzung und Abwehr, sondern auch darum, Mitbestimmung und Demokratie auszubauen, neu zu definieren.